

Notizen

Mit Hilfe einer weltweiten Unterschriftenaktion versucht die *Priesterbruderschaft St. Pius X.* eine Rücknahme der Bedingungen zu erreichen, die laut dem Schreiben der Gottesdienstkongregation vom 3. Oktober 1984 (vgl. HK, November 1984, 496) für die bischöfliche Erlaubnis der Feier der Messe nach dem *Missale Pius' V.* erfüllt sein müssen. In dem an den Papst gerichteten Bittgesuch heißt es, man sei zwar dankbar für die Entscheidung der Gottesdienstkongregation, wolle aber nicht das Bedauern darüber verbergen, daß die geforderten Bedingungen diese Maßnahme praktisch unwirksam machen würden. Drei Bitten richtet man an den Papst: Jedem Priester solle die Freiheit zugestanden werden, das römische *Missale* und die liturgischen Bücher zu benutzen, so wie sie 1962 in Kraft gewesen seien und die *Priesterbruderschaft* als „Gesellschaft päpstlichen Rechts und als Personalprälatur“ anerkannt werden.

Am 12. Februar wurde ein *Staatsvertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Saarland* unterzeichnet, der die Ausbildung von Lehrkräften für das Fach Katholische Religion und die Erteilung des katholischen Religionsunterrichts an den saarländischen Schulen regelt. Der neue Vertrag tritt an die Stelle von Verträgen aus den Jahren 1968 und 1969 über die Errichtung eines Lehrstuhls für Katholische Theologie an der Universität Saarbrücken und über die Lehrerausbildung. In ihm wird unter anderem festgeschrieben, daß an der Philosophischen Fakultät der Universität des Saarlandes eine Fachrichtung Katholische Theologie besteht. Weiter wird festgeschrieben, daß Einrichtung, Änderung oder Aufhebung von Studiengängen zur Ausbildung von Religionslehrern nur im Einvernehmen mit der zuständigen kirchlichen Oberbehörde erfolgen kann.

Eine „Kurskorrektur“ nach 10 Jahren Fristenregelung in Österreich forderte der Vorsitzende der Österreichischen Bischofskonferenz, Kardinal *Franz König*. Die Bilanz sei negativ, in den letzten 10 Jahren sei Abtreibung offenbar zu einer immer häufiger angewandten Methode der Geburtenregelung geworden, und nach wie vor gebe es Forderungen, „die praktisch auf eine Erhöhung der Zahl der Abtreibungen hinauslaufen“. Der Kardinal unterstrich das Personsein des menschlichen Lebens ab der Empfängnis, und die Achtung, die den Ungeborenen deswegen geschuldet wird, sprach aber auch die Nachteile der Fristenregelung für die Frauen an: Sie habe den Frauen nicht mehr Freiheit gebracht, sondern den Druck der Umgebung auf sie verstärkt und Psychiater und Psychotherapeuten berichteten von dem hohen Preis, den viele Frauen „für diesen angeblich so bequemen Weg ... zahlen müssen“.

Die *Militarisierung des Weltraums* war das zentrale Thema eines Symposiums, zu dem vom 21. bis 25. Januar 27 Wissenschaftler aus Ost und West auf Einladung der *Päpstlichen Akademie der Wissenschaften* zusammenkamen. Noch während des Symposiums hieß es in einer Entschließung, man brauche dringend internationale Vereinbarungen, die eine Militarisierung des Weltraums verbieten würden. Es sei wichtig, daß ein Rüstungswettlauf im Weltraum verhindert würde. Eine internationale Vereinbarung müsse dafür Sorge tragen, daß die Dislozierung und Erprobung jeglicher Waffen im weiteren Weltraum, auf dem Mond und allen anderen Himmelskörpern ebenso wie Tests von Anti-Satelliten-Waffen verboten würden. Die Notwendigkeit einer multinationalen Vereinbarung solle nicht eine dringend benötigte Vereinbarung zwischen den USA und der UdSSR hinauszögern. Der Präsident der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften, Professor *Carlos Chagas*, sagte in dem Zusammenhang, er persönlich mißbillige das von US-Präsident *Ronald Reagan* vorgeschlagene weltraumgestützte Waffensystem.

Mit einer auf drei Jahre angelegten *ökumenischen Initiative* wollen die *christlichen Kirchen in Großbritannien* eine neue Phase in ihren Beziehungen einleiten. 23 Kirchen, darunter die Church of England und die Katholische Kirche, haben bisher ihre Bereitschaft signalisiert, an dem in drei Phasen geplanten Prozeß teilzunehmen. In einer ersten Phase soll zunächst jede Kirche über ihr Selbstverständnis als Kirche und ihre Rolle in der Zusammenarbeit mit anderen Kirchen nachdenken. In einem zweiten Schritt sollen dann die Ergebnisse bisher geführter theologischer Dialoge zwischen einzelnen Kirchen erörtert werden. Bei einer Konferenz im Jahr 1987 soll es dann um mögliche praktische Schritte zur Zusammenarbeit gehen.

Zum neuen Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes wurde der Norweger *Gunnar Staalsett* gewählt. Der 49jährige Staalsett, der im Exekutivkomitee 23 von 28 möglichen Stimmen erhielt, löst am 1. September dieses Jahres den US-Amerikaner *Carl Mau* ab. Staalsett ist gegenwärtig Generalsekretär der norwegischen Bibelgesellschaft. Vorher war er unter anderem Staatssekretär im Osloer Ministerium für Kirche und Erziehung und Vorsitzender der kleinen norwegischen Zentrumspartei. Er gehört verschiedenen UN-Abbrüstungskommissionen an und ist einer der fünf Juroren für den Friedensnobelpreis.

Eine differenzierte Bewertung der jüngsten Lateinamerikareise Johannes Pauls II. hat der neue ÖRK-Generalsekretär *Emilio Castro* vorgenommen. Castro, der aus Uru-

guay stammt, wies darauf hin, daß in den Reden des Papstes zwar immer wieder die Warnung vor den möglichen Gefahren der Befreiungstheologie angeklungen sei. Andererseits habe der Papst aber die politischen Verhältnisse in den südamerikanischen Staaten klar und deutlich kritisiert. Ebenso wie für den Weltrat sei es für den Papst letztlich das höchste Ziel, daß alle Menschen in Freiheit leben könnten. Castro machte in diesem Zusammenhang klar, daß im ÖRK die *Befreiungstheologen* ebenso ihren Platz hätten wie *Evangelikale*. Die meisten der überwiegend katholischen Befreiungstheologen Südamerikas seien seine persönlichen Freunde.

Innerhalb der *Sowjetunion* wurden mehrere orthodoxe Bischöfe versetzt. Es handelt sich durchwegs um Abschiebung bedeutender Bischöfe von bedeutenden Bischofssitzen oder anderen bedeutenden kirchlichen Ämtern in entlegenen Diözesen. Dies wurde vom Heiligen Synod des Patriarchats am 27. Dezember formal beschlossen, erfolgte aber offenbar auf Verlangen der sowjetischen Behörden: so erhielt z. B. der bisherige Rektor der theologischen Akademie in Leningrad, Erzbischof *Kyrill* das Bistum Smolensk, Erzbischof *Krysostomus* wurde von Kursk nach Chaborowsk in Sibirien versetzt. Sämtliche jetzt versetzten Bischöfe wurden in dem sog. Furow-Bericht an das ZK der KPdSU (vgl. HK, Mai 1982, 233 f.) als Geistliche eingestuft, die „für die Stärkung der Rolle der Kirche arbeiten“ und dabei „versuchen, die geltenden Gesetze zu umgehen“.

Ende Januar wurden in Shanghai zwei katholische Weihbischöfe geweiht. Es handelt sich um den Generalvikar der Diözese, den 76jährigen *Li Side*, und den 67jährigen Rektor des Sheshan-Priesterseminars, *Jim Luxian*. Ersterer ist kirchlicher Verwaltungsmann, letzterer von Hause aus Jesuit, der seinen Namen auch noch mit SJ kennzeichnet, ist Fachtheologe von Rang, der seinen theologischen Doktor noch 1949 in Rom gemacht hat. Bei der Bischofsweihe, die von Bischof *Zong Huaide*, dem Vorsitzenden der chinesischen katholischen Patriotischen Vereinigung vorgenommen wurde und bei der der 92jährige Vorsitzende der Bischofskonferenz Bischof *Zhang Jiashu* von Shanghai den Vorsitz führte, waren 18 Bischöfe anwesend. Funktionäre der katholischen Patriotischen Vereinigung und Vertreter der staatlichen Religionsbehörden nahmen ebenfalls an Weiheakt teil, zu dem ca. 2000 Gläubige kamen.

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Verlages Herder, Freiburg, bei.